

Unterrichtung

**durch die deutsche Delegation in der Versammlung der
Westeuropäischen Union**

**über den Zweiten Teil der 22. ordentlichen Sitzungsperiode der
Versammlung der Westeuropäischen Union vom 29. November bis
2. Dezember 1976 in Paris**

Während der Herbsttagung erörterte die Versammlung der Westeuropäischen Union Berichte, behandelte die üblichen geschäftsordnungsmäßigen Vorgänge und verabschiedete Beschlüsse, die sich mit folgenden Themen befaßten:

- **Politische Fragen** (Entspannung und Sicherheit in Europa; die gegenwärtige Rolle des Atlantischen Bündnisses in der Welt; Europäische Union und WEU; die westeuropäische Politik für die Probleme des Mittelmeerraumes)

Hierzu sprachen die Abg. Amrehn (S. 3; 5; 10), Dr. Müller (München) (S. 4), Dr. Mende (S. 6), Dr. Schwencke (S. 8), Dr. Kliesing (S. 7)

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 291 betr. Entspannung und Sicherheit in Europa

Empfehlung 292 betr. die gegenwärtige Rolle des Atlantischen Bündnisses in der Welt

Empfehlung 293 betr. Europäische Union und WEU

Empfehlung 296 betr. die westeuropäische Politik für die Probleme des Mittelmeerraumes

- **Haushalt** (Haushaltsentwurf für die Verwaltungskosten der Versammlung 1977; Rechnungslegung und Prüfungsbericht

der Verwaltungskosten der Versammlung 1975; Änderung des Artikels 9 der Finanzbestimmungen der Versammlung)

Beschluß der Versammlung:

Entschließung 60 betr. die Änderung des Artikels 9 der Finanzbestimmungen der Versammlung

- **Wissenschaft und Technik** (Europäische ozeanographische Tätigkeiten; Sicherung der Energieversorgung Europas)

Beschlüsse der Versammlung:

Empfehlung 294 betr. europäische ozeanographische Tätigkeiten

Empfehlung 295 betr. die Sicherung der Energieversorgung Europas — Neue Energiequellen

- **Verteidigungsfragen** (Europäische Sicherheit und die Ost-West-Beziehungen)

Hierzu sprach die Abg. Frau v. Bothmer (S. 18)

- **Beziehungen zu den Parlamenten** (Fünfzehnter Halbjahresbericht des Ausschusses für die Beziehungen zu den Parlamenten)

Dieser Ausschuß hat die Empfehlungen 293 betr. Europäische Union und WEU (s. S. 7), 295 betr. Sicherung der Energieversorgung Europas — Neue Energiequellen (s. S. 12) und 296 betr. die westeuropäische Politik für die Probleme des Mittelmeerraumes (s. S. 12) ausgewählt, die offiziell vom Präsidenten der Versammlung an die nationalen Parlamente weitergeleitet werden.

Die Reden der deutschen Abgeordneten sind nachstehend im Wortlaut abgedruckt.

Zur Versammlung sprachen der französische Staatssekretär im Außenministerium, Pierre-Christian Taittinger, der griechische Staatssekretär im Außenministerium, Constantin Stavropoulos, der luxemburgische Regierungspräsident und Außenminister, Gaston Thorn, der britische Staatssekretär im Verteidigungsministerium für die Marine, A. E. P. Duffy, der türkische Staatsminister und Stellvertretende Ministerpräsident, Turhan Feyzioğlu und der Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Jürgen Wischnewski (s. S. 13).

Bonn, den 7. Dezember 1976

Klaus Richter

Stellvertretender Sprecher

Franz Amrehn

Sprecher

Montag, 29. November 1976

Tagesordnungspunkt:

**Eröffnung des 2. Teils der 22. Sitzungsperiode
der Versammlung**

Tagesordnungspunkt:

**Entspannung und Sicherheit in Europa
(Drucksache 703)**

*Abstimmung über die Empfehlung des während
der Juni-Tagung behandelten Berichts*

Amrehn (CDU/CSU): Die föderierte Gruppe der Christdemokraten und der britischen Konservativen hat sich sehr eingehend gerade mit diesem Bericht beschäftigt. Die föderierte Gruppe ist zu dem Ergebnis gekommen, daß gegen die Empfehlung, wie sie jetzt formuliert ist, von unserem Standpunkt aus keine Einwendungen zu erheben wären. Da nach den Statuten aber der Bericht, der der Empfehlung zugrunde liegt, ebenfalls approbiert wird, wenn wir ja sagen, sieht sich unsere Gruppe wegen der Einwendungen, die gegen den Bericht als solchen bestehen, außerstande, zuzustimmen. Aus diesem Grunde wird sie auch die Empfehlung insgesamt ablehnen.

Empfehlung Nr. 291

über Entspannung und Sicherheit in Europa

Die Versammlung

bekräftigt, daß ein echte Ost-West-Entspannung nur durch beträchtliche beiderseitige, ausgewogene und kontrollierte Rüstungsbeschränkungen durch beide Blöcke erreicht werden kann;

erörtert das zunehmende Übergewicht an Truppen und Waffen auf der Seite der Sowjetunion und ihrer Verbündeten in Mittel- und Nordeuropa;

stellt fest, daß die Sowjetunion die in der Schlußakte der KSZE eingegangenen Verpflichtungen bis jetzt nur einschränkend ausgelegt hat;

bedauert, daß bei den SALT- und MBFR-Verhandlungen in jüngster Zeit keine Fortschritte erzielt wurden;

verurteilt die Politik der Sowjetunion, sich die Krisen außerhalb Europas zunutze zu machen, um ihre politische Position durch direkte und indirekte militärische Maßnahmen zu stärken;

ist besorgt, daß die Mitglieder des Atlantischen Bündnisses angesichts der immer schlagkräftiger werdenden Streitkräfte des Warschauer Pakts nicht

mehr genügend Stärke entfalten, um weiterhin ihre kollektive Sicherheit zu garantieren;

vermerkt, daß, während die Sowjetunion und ihre Verbündeten das Grundkonzept für die Entspannung, wie sie im Westen ausgelegt wird, nicht akzeptieren, eine relative Verringerung der militärischen Stärke in Westeuropa gegenüber der militärischen Bedrohung der Sowjetunion erfolgte;

ist befriedigt, daß die Ergebnisse der KSZE in den Erörterungen des Rates im Jahre 1975 eine große Rolle gespielt haben;

ist der Auffassung, daß die Anwendung der Bestimmungen der Schlußakte der KSZE über die Freizügigkeit von Personen eines der wichtigsten Elemente ist, an dem man den Wunsch der Sowjetunion nach Entspannung beurteilen kann;

ist der Auffassung, daß es immer noch einige Unsicherheitsfaktoren im Hinblick auf den Einsatz der NATO für den Fall gibt, daß einige Mitglieder der Atlantischen Allianz einem Umsturz zum Opfer fallen, der direkt oder indirekt durch eine militärische Intervention von außen unterstützt wird;

bedauert, daß die weitgehend verurteilte Rassenpolitik und Intervention Südafrikas einen, wenn auch ungerechtfertigten, Vorwand für die massive militärische Intervention der Sowjetunion und Kubas in Angola lieferte;

EMPFIEHLT, DASS DER RAT

1. die Konsequenzen der KSZE regelmäßig überprüft;
2. die Versammlung über alle gemeldeten Verstöße gegen die Bestimmungen der Schlußakte der KSZE unterrichtet;
3. prüft, welchen Beitrag jedes Mitgliedsland leisten muß, um weiterhin ein ausgewogenes Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, das Frieden und Sicherheit garantiert;
4. sicherstellt, daß seine Mitglieder ihre Verhaltensweise in einem geeigneten Rahmen in jeder Krise, die außerhalb Europas auftaucht, abstimmen, um:
 - a) überstürzte Maßnahmen zu vermeiden, die als Vorwand für eine Einmischung der Sowjetunion oder ihrer Verbündeten dienen könnten;
 - b) die Sowjets von jeder weiteren Einmischung abzuhalten;
5. der Versammlung über alle Auswirkungen für Westeuropa in bezug auf Entwicklungen im politischen, wirtschaftlichen und militärischen Gleichgewicht in Europa und in der Welt Bericht erstattet;
6. sich rechtzeitig mit den Voraussetzungen auseinandersetzt, unter denen der geänderte Brüsseler Vertrag für den Fall angewendet werden könnte,

daß eines der Mitgliedsländer einer direkten oder indirekten militärischen Intervention von außen zum Opfer fällt.

Tagesordnungspunkt:

Die gegenwärtige Rolle des Atlantischen Bündnisses in der Welt

(Drucksache 711)

Abstimmung über die Empfehlung des während der Juni-Tagung behandelten Berichts

Tagesordnungspunkt:

Europäische Union und WEU

(Drucksache 720)

Berichterstatte: Abg. de Bruyne

Dr. Müller (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte an das anknüpfen, was mein Vorredner, Mr. Critchley, gesagt hat. Ich glaube, wir stimmen im großen und ganzen darin überein, daß das der richtige Weg für ein gemeinsames Europa ist. Allerdings bin ich persönlich etwas optimistisch, daß wir zu einer Änderung des Vertrages von Rom kommen können, wenn wir auf Grund der **Direktwahlen im Europäischen Parlament** eine Einrichtung haben, die in viel stärkerem Maße unmittelbar der Wählerschaft verantwortlich ist und deswegen auch ein Mandat hat, das stärker zum Ausdruck bringt, was die Bevölkerungen denken.

Sicher, wir werden noch einige Schwierigkeiten auf dem Weg zu diesen europäischen Direktwahlen haben. Dieses Problem wird ja nicht nur in Großbritannien diskutiert; es gibt auch andere Länder unter den neun Mitgliedstaaten, in denen die Diskussion über das Wahlverfahren und die Art und Weise der Direktwahlen ebenfalls noch nicht abgeschlossen ist. Ich hoffe aber, daß es im Jahre 1978 zu Direktwahlen kommen wird.

Weiterhin hoffe ich, daß dieses Europäische Parlament, das dann aus direkten Wahlen hervorgegangen sein wird, eine Schubkraft eigener Art bekommen und ein anstoßendes Element sein wird auch gegenüber den Regierungen.

Auch hoffe ich, daß es dann möglich sein wird, zu einer Änderung des Vertrages von Rom zu kommen. Denn eine gemeinsame europäische Politik, die sich nur mit Verordnungen auf dem Gebiete des Agrarwesens oder der Fischerei beschäftigt, kann sicher nicht das Ziel der Arbeit eines Europäischen Parlaments sein. Man wird also eines Tages auch zu einer gemeinsamen Außen- und Verteidigungspolitik kommen müssen.

In der Erläuterung zum Bericht wird davon gesprochen, es liege nicht allein am schlechten Willen, wenn man nicht so viele Fortschritte erreicht hat.

Ich möchte es etwas anders formulieren: Es liegt schon am Willen; bei den Regierungen müßte mehr guter Wille, mehr Entschlossenheit vorhanden sein, damit die Probleme entscheidend angepackt werden können.

Was nun unsere Versammlung, die Westeuropäische Union, betrifft, so teile ich die Meinung, daß der **Ständige Rüstungsausschuß** ein Mandat hat, hier tätig zu werden. Die Probleme sind nicht einfacher geworden. Schauen wir über den Bereich der Mitgliedstaaten der WEU hinaus auf die europäische Ebene, sehen wir etwa im Bereich der Staaten des Warschauer Paktes eine verstärkte Rüstung und auch Standardisierung der Rüstung. Das alles sind Probleme, die eigentlich erst noch auf uns zukommen werden.

Lassen Sie mich eine Anmerkung zu Punkt 48 der „Schlußfolgerungen“ machen. Hier heißt es, daß die **wirtschaftliche Rezession**, die die westliche Welt seit 1973 durchläuft, Schwierigkeiten und Hindernisse geschaffen habe. Ich möchte kritisieren, daß dort nur von der westlichen Welt die Rede ist, weil wir es ja tatsächlich nicht nur mit einer Rezession in der westlichen Welt, sondern mit einer weltweiten Rezession und weltweiten Wirtschaftsproblemen zu tun haben. Ich widerspreche hier auch der Meinung des italienischen Kollegen, der hier heute zu Beginn in seiner „Antrittsarie“ in ähnlicher Weise von „der Krise der westlichen Welt“ gesprochen hat. Ich bin der Meinung, das ist eine weltweite Krise. Nicht nur im Westen hat man Schwierigkeiten, auch im Osten und in den Ländern, die weder an den Westen noch an den Osten gebunden sind. Man hat die Pläne im Osten revidiert, und bei den Arbeitern von Radom handelte es sich nicht um einen Intellektuellenzirkel, der sich über die Freiheit Gedanken gemacht hat, vielmehr sind die Arbeiter des Traktorenwerkes Ursus auf Grund wirtschaftlicher Schwierigkeiten in Polen auf die Straße gegangen. Wir sind also mit einem weltweiten Problem konfrontiert, von dem auch Westeuropa und die Neun betroffen sind.

Die Erhöhung der Preise für Erdöl durch die OPEC, der sich selbstverständlich auch die Ostblockstaaten angeschlossen haben, die weltweite Rezession in Ost und West, alles das könnte im Grunde genommen eine entscheidende Chance für die neun Länder in Europa sein, zu gemeinsamen Schritten, zu gemeinsamen Handlungen zu kommen. Ich glaube nämlich nicht, daß die weltweiten Probleme lokal gelöst werden können. Sie sehen ja auch: Die Hilfen, die die westlichen Länder der Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten durch ihre Kredite gegeben haben, haben mitgeholfen, die Folgen der weltweiten Rezession für die Ostblockstaaten geringer zu gestalten.

Ich sage noch einmal: Die Rezession ist eine Chance für die europäischen Länder, zu einem gemeinsamen Handeln zu kommen. Es wäre falsch, sich hier auf die nationale Souveränität zurückzuziehen, wie das in dem Bericht angedeutet ist. Zwar teile ich die Interpretation des deutschen Bundeskanzlers Schmidt, der vor der Versammlung der

Sozialistischen Internationalen gesagt hat, jedes Land müsse zuerst einmal die Probleme in seinem eigenen Bereich lösen, und man könne in einem Lande nicht etwas verbrauchen, was noch nicht erarbeitet sei. Aber ich bin der Meinung, dies allein ist nicht ausreichend, sondern die weltweiten Probleme können eben nur weltweit und auch in Zusammenarbeit bestimmter Regionen — hier in der Region Europa — gelöst werden. Hier hat die Gemeinschaft der Neun eine große Aufgabe.

Ich fürchte nur, daß wir von der Wirtschaftspolitik noch einen langen Weg bis zur gemeinsamen Außen- und zur gemeinsamen Verteidigungspolitik haben werden. Bis zu dem Zeitpunkt, in dem diese Versammlung hier in einem Europäischen Parlament aufgehen kann, das dann Verantwortung auf dem Gebiete der Außenpolitik und der Verteidigungspolitik hat, ist es deshalb notwendig, daß diese Versammlung und auch die Regierungen, die im Brüsseler Pakt zusammengeschlossen sind, ihre Aufgaben wahrnehmen. Denn eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik muß, auch wenn sie im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft begonnen wird, schon wenigstens ein bißchen was mitbekommen, was vielleicht durch den Brüsseler Pakt und die WEU geschaffen wurde.

In diesem Sinne begrüße ich den Bericht und sehe in ihm einen Schritt in die richtige Richtung.

Amrehn (CDU/CSU): Herr Präsident! Der Herr Berichterstatter verdient Dank dafür, daß er uns diesen Bericht heute geliefert hat, und er verdient Dank für die Resolution, die er uns zur Annahme empfiehlt. Es wird niemanden geben, der gegen diese Empfehlung Einspruch erheben wird.

Der Herr Berichterstatter verdient aber besonderen Dank dafür, daß in dem Bericht, den er unterbreitet hat, die Lage so geschildert wird, wie sie ist, daß er sich nicht gescheut hat, diese Wahrheiten auszusprechen. Ich schicke mich an, das zu unterstreichen, weil die tiefe Enttäuschung z. B. über die mangelnde Aktivität des **Europäischen Rates**, die über uns allen liegt, in der bisherigen Diskussion nicht genug zum Ausdruck gekommen ist.

Der Herr Berichterstatter beklagt diese mangelnde Aktivität. Er beklagt die mangelnde Bereitschaft des Europäischen Rates — auch des **Rates** unserer **Westeuropäischen Union** —, uns besser zu informieren. Er beklagt, daß sowohl der Rat unserer Versammlung wie auch der Europäische Rat zu ineffizient sind, und er hebt mit Recht hervor, daß der belgische Ministerpräsident Tindemans öffentlich Klage darüber führt, daß seine Kollegen nicht bereit seien, mit ihm zusammen die Durchführung des Tindemans-Planes schrittweise, aber sichtbar voranzubringen.

Heute tritt der Europäische Rat wieder in Den Haag zusammen — morgen wird er auch tagen —, sieben Jahre nach dem Entschluß von Präsident Pompidou und Bundeskanzler Brandt — damals ebenfalls in Den Haag —, nun endlich die europäische Union zu verwirklichen. Wenn wir die sieben Jahre zurückblicken, müssen wir leider sagen, daß die Fortschritte sehr gering sind, wenn wir nicht überhaupt

von einem Rückschritt in dieser Zeit sprechen müssen.

Das Resultat, vor dem wir im Augenblick stehen, sieht so aus — das zeigt der Bericht von Herrn de Bruyne auch wieder —, daß wir Entschuldigungen bzw. Rechtfertigungen dafür suchen, warum wir bisher nicht vorangekommen sind. So wird etwa gesagt — der Kollege Müller hat das hervorgehoben —, die wirtschaftliche Rezession habe keine besseren Fortschritte erlaubt. Soweit ich im Bilde bin, wird sich der Europäische Rat heute nicht mit den Fragen des Tindemans-Berichts beschäftigen, nicht mit der Frage, wie wir Europa stärken können, nicht mit der Frage — — —

(Kurze Unterbrechung wegen Ausfall der Technik)

Lassen Sie mich an der Stelle fortfahren, wo ich gesagt habe, das einzige Resultat, das wir einem solchen Bericht heute entnehmen können, ist die Feststellung, daß es Entschuldigungen bzw. Rechtfertigungen für die Inaktivität oder Ineffizienz des Europäischen Rates gibt. Die Begründung dafür liegt insbesondere darin, daß uns die wirtschaftliche Rezession so weit zurückgeworfen habe. Ich stimme dem Kollegen Müller durchaus zu, wenn er sagt: Gerade weil die **wirtschaftliche Rezession** uns in diese große Schwierigkeiten hat geraten lassen, ist es um so notwendiger, gemeinsame Schritte im Bereiche der Wirtschaft, gemeinsame Schritte im Bereiche der Währungspolitik, im Bereiche der allgemeinen Politik zu unternehmen, um bei einer solchen größeren Einheit in Europa überhaupt Aussicht zu haben, zu Erfolgen der Art zu gelangen, daß wir bei der gemeinsamen Bekämpfung der europäischen Rezession gemeinsam einen europäischen Fortschritt erzielen.

Leider wird sich der Europäische Rat heute weniger mit der Frage der europäischen Union beschäftigen als mit der Frage, wie wir der Erhöhung der Ölpreise entgegenwirken können. Er wird sich mehr mit der Frage der Arbeitslosigkeit und der damit konkret zusammenhängenden Fragen beschäftigen, als die vorausgehenden Schritte zu tun, die notwendig sind, um zu einer Abstimmung der Wirtschaftspolitiken in den verschiedenen europäischen Staaten zu kommen. Leider gibt es eine Menge von Vorschlägen — auch Druck auf die Bundesrepublik Deutschland —, mehr Inflation zu machen, damit mehr Beschäftigung erreicht werde, und das, obwohl wir gelernt haben, daß mehr Inflation immer mehr Arbeitslosigkeit nach sich ziehen wird. Das ist leider kein Vorschlag zur Stärkung Europas, sondern ein Vorschlag zu seiner weiteren Schwächung.

Nun hat Lord Duncan-Sandys darauf hingewiesen — das steht auch in dem Bericht des Kollegen de Bruyne —, daß eine gemeinsame Verteidigungspolitik eine gemeinsame Außenpolitik voraussetze. Das ist ganz gewiß ein richtiger Satz. Gleichwohl ist dieser Satz beim gegenwärtigen Stand der Diskussion fehl am Platze, fast so fehl am Platze wie die Überschrift des Berichtes, die ja lautet: **Europäische Union und WEU**. Wir sollen also die **Westeuropäische Union** in ihrer **Beziehung zur Europäischen Union** sehen, darüber diskutieren und Folgerungen

ziehen. Es gibt aber keine Europäische Union. Wir machen uns nur etwas vor: als entstünde sie schon im nächsten Jahre. Wir müssen zunächst einmal viel bescheidenere Schritte tun. Hier, meine ich allerdings, kommt der Bericht — nicht die Resolution bzw. Recommendation — in seinem Inhalt zu einem Fehlschluß. **Standardisierung der Waffen** bedeutet noch lange nicht **gemeinsame Verteidigungspolitik**. Auch unter ganz verschiedenen Bündnispartnern mit sehr verschiedenen politischen Zielrichtungen ist eine Standardisierung aus Gründen der Vernunft, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit immer nötig und auch möglich. Deswegen bin ich der Meinung, daß das Ziel der Standardisierung der Waffen der Verbündeten unter gar keinen Umständen außer acht gelassen werden darf, selbst wenn politische Fortschritte nicht zu erzielen sind und auch leider nicht erreicht werden können. Vielleicht gelingt es uns, in absehbarer Zeit infolge der europäischen Wahlen einen größeren politischen Fortschritt zu erzielen.

Ich halte daran fest, daß Wahlen unter den Neun in Europa unbedingt durchgeführt werden müssen und können. Ich halte aber ebenso daran fest, daß sich die Kompetenzen des kommenden europäischen Parlaments bis auf weiteres nur in den Grenzen der Römischen Verträge halten dürfen. So sehr ich der Aussage zustimme, daß eine politische Union viel mehr bedeutet, bin ich doch der Meinung, daß der kleine Schritt der Wahl des **Europäischen Parlaments**, ausgestattet mit den in den europäischen Verträgen niedergelegten Kompetenzen, nicht dadurch verhindert werden darf, daß wir heute schon viel größere Kompetenzen fordern. Auch kommt es sehr stark darauf an, daß Frankreich ebenso wie Großbritannien in der Lage sind, den Vertrag, der nunmehr abgeschlossen worden ist, auch in ihren eigenen Ländern durchzuführen. Ich möchte also davor warnen, die Erwartungen in naher Zukunft zu überspannen; vielmehr kommt es darauf an, das zu tun, was möglich ist.

Insofern brauchen wir uns meines Erachtens auch nicht mit dem Problem zu beschäftigen, ob die **Versammlung der Westeuropäischen Union** nach den Vorschlägen von Herrn Tindemans eines Tages in ein anderes europäisches Parlament aufgeht. Das ist kein Diskussionsgegenstand der Gegenwart, weil auf absehbare Zeit keine Entwicklung erwarten läßt, daß ein Europäisches Parlament die Kompetenzen unserer Versammlung übernehmen könnte. Wenn wir darüber heute diskutierten — vielleicht ein Jahrzehnt, bevor diese Frage zur Entscheidung ansteht —, vergeudeteten wir unsere Kräfte, bedruckten wir unnötigerweise Papier, hielten wir überflüssigerweise Versammlungen ab. Das ist ein Problem, das wir in unseren nationalen Parlamenten in sehr viel stärkerem Maße erörtern müssen, weil wir dort die Regierungen, die Exekutiven anhalten müssen, zunächst einmal wenigstens das zu tun, wozu sie sich durch Verträge verpflichtet haben. Dazu gehören die Römischen Verträge, dazu gehört jetzt die Vereinbarung über die Durchführung der europäischen Wahl, wie sie ja auch in den Römischen Verträgen vorgesehen ist. Wenn wir uns darüber beklagen, daß die Regierungen, der Europäische Rat

zu keinem Entschluß kommen, dann hat dieses Klagelied so lange keinen Sinn, soweit wir nicht gleichzeitig in den nationalen Parlamenten unsere Regierungen anhalten, das durchzuführen, wozu sie sich verpflichtet haben.

Mein Appell geht heute gerade dahin, die Klage, die ich selbst anstimme, hier nicht nur vorzubringen, sondern dazu beizutragen, daß die Regierungen in den nationalen Parlamenten gezwungen werden, das zu tun, was Europa nötig hat. Erst wenn wir diesen Schritt getan haben, werden wir über Ausweitung von Kompetenzen, werden wir über Europäische Union, werden wir über weitere gemeinsame Schritte reden können. Darauf kommt es heute an, nicht jedoch auf die hochfliegenden Pläne für die Zukunft, die für uns in diesem Sinne heute noch nicht realisierbar sind.

Dr. Mende (CDU/CSU): Herr Präsident! Ich halte es für meine Pflicht, unseren belgischen Kollegen und Berichterstatter de Bruyne gegenüber den unververtretbaren Vorwürfen in Schutz zu nehmen, die der Vertreter der Kommunistischen Partei Frankreichs, Herr Cermolacce, soeben erhoben hat. Wenn man Herrn Cermolacce zuhört, muß man das Gefühl haben, daß es keinen **Warschauer Pakt** und keinen **Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit** der kommunistischen Staaten des Ostens — Comecon — gibt. Sie dürfen koordinieren. Im Warschauer Pakt darf die Dominante der Sowjetunion herrschen. Wenn die Europäer aber ebenfalls koordinieren, standardisieren und zu einer größeren Effektivität ihrer Verteidigungsanstrengungen kommen, ist das für Herrn Cermolacce eine Gefährdung des Friedens und eine Dominanz der Amerikaner in der NATO, aufgezett von den Deutschen, wie er eben sagte.

Dabei kann doch kein objektiv Urteilender leugnen, daß es das militärische Übergewicht der Sowjetunion und der Warschauer Paktstaaten gerade in Europa ist, das die Westeuropäische Union und auch die NATO zwingt, zwar nicht das militärische Gleichgewicht, aber wenigstens die potentielle Abschreckung angesichts der sowjetischen imperialistischen militärischen Gedankengänge anzustreben.

Ich stimme daher dem Bericht des Kollegen de Bruyne, eines Kollegen seines Ministerpräsidenten Tindemans, der wiederum gewissermaßen einen europäischen Motor in dieser Zeit darstellt, zu.

Herr Präsident, gestatten Sie mir hier noch einige weitere Bemerkungen, nachdem der Vertreter der Kommunistischen Partei Italiens hier eine so lange Einführungsrede halten durfte. Angesichts dessen, daß hier elf Vertreter der Kommunistischen Partei Italiens anwesend sind, sei es mir gestattet, einen davon, nämlich den Vertreter der Kommunistischen Partei, der hier gesprochen hat, an Benito Corgi, seinen kommunistischen Landsmann, zu erinnern, der vor einigen Wochen an der innerdeutschen Grenze erschossen wurde. Wenn es den italienischen Kommunisten, wie der Sprecher hier sagte, wirklich um Fortschritt und um europäische Zusammenarbeit geht, dann mögen sie dafür sorgen, daß an den euro-

päischen Grenzen — auch an der innerdeutschen Grenze — nicht mehr geschossen wird. Dann wäre der italienische Kommunist Benito Corghi wenigstens nicht umsonst erschossen worden.

Empfehlung Nr. 293
über die Europäische Union
und die Westeuropäische Union

Die Versammlung

ist erfreut über den Beschluß des Europäischen Rates, ab 1978 allgemeine Direktwahlen zum Europäischen Parlament abzuhalten;

bedauert, daß der Europäische Rat so viel Zeit benötigt, um den Tindemans-Bericht zu prüfen und zu verwirklichen;

erinnert an ihre Entschliebung Nr. 59;

ist der Auffassung, daß der vom Rat der WEU gefaßte Beschluß vom 31. Mai 1976 dazu beitragen kann, die Tätigkeiten der künftigen Europäischen Union im Bereich der Rüstungsindustrien zu fördern;

stellt fest, daß dieses Vorhaben eine enge Zusammenarbeit zwischen der WEU und der Europäischen Programmgruppe erfordert;

ist der Auffassung, daß die Kordinierung der europäischen Rüstungsindustrien für die europäische Wirtschaft und für die gemeinsame Verteidigung im Rahmen des Atlantischen Bündnisses nur dann zufriedenstellende Ergebnisse erzielen kann, wenn diese Koordinierung unverzüglich durchgeführt wird;

EMPFIEHLT, DASS DER RAT

1. den Studienentwurf, den ihm der Ständige Rüstungsausschuß vorlegen wird, umgehend prüft, damit er so bald wie möglich, spätestens jedoch auf seine Ministertagung im Jahre 1977, den neuen Aufgabenbereich dieser Organisation festlegen kann;
2. die Koordinierung dieses Vorhabens mit den Arbeiten der Europäischen Programmgruppe sorgfältig überwacht und sich entweder die von dieser Organisation getroffenen Entscheidungen mitteilen oder durch das Internationale Sekretariat des Ständigen Rüstungsausschusses über die Tätigkeiten dieser Organisation in den Bereichen, mit denen der Ständige Rüstungsausschuß betraut ist, unterrichten läßt;
3. der Versammlung in geeigneter Form über die Ergebnisse der vom Ständigen Rüstungsausschuß durchgeführten Studien und die Entscheidung, die er daraufhin trifft, berichtet;
4. diejenigen Unterzeichnerstaaten des Nordatlantik-Vertrages, die Mitglieder der EWG oder ihr gemäß Artikel 238 des Vertrags von Rom assoziiert sind, auffordert, sich an der vom Ständigen Rüstungsausschuß durchzuführenden Studie zu beteiligen.

Dienstag, 30. November 1976

Tagesordnungspunkt:

**Haushaltswurf für die Verwaltungskosten
der Versammlung 1977**

(Drucksache 717)

Berichterstatte: Abg. Dequae

**Rechnungslegung und Prüfungsbericht der
Verwaltungskosten der Versammlung 1975**

(Drucksache 715 und Anhang)

Berichterstatte: Abg. Dequae

**Änderung des Artikels 9 der
Finanzbestimmungen der Versammlung**

(Drucksache 716)

Berichterstatte: Abg. Dequae

Tagesordnungspunkt:

**Ansprache des französischen Staatssekretärs
im Außenministerium und amtierenden
Vorsitzenden des Rates der WEU
Pierre-Christian Taittinger**

Dr. Kliesing (CDU/CSU): Herr Minister, Sie haben gesagt, die Regierungen dächten über das neue Angebot des Warschauer Paktes nach. Meine Frage ist folgende: Hätte dieses Nachdenken der Regierungen nicht bessere Chancen für ein erfolgreiches Ergebnis, wenn der **Warschauer Pakt** nicht nur den **Verzicht eines Erstangriffs mit atomaren Waffen**, sondern auch den Verzicht eines Erstangriffs mit konventionellen Waffen angeboten hätte? Unter Zugrundelegung der jetzigen Vorschläge des Warschauer Paktes muß nämlich der Eindruck entstehen, daß sich die Sowjetunion, gestützt auf ihre stärkeren konventionellen Waffen, das Recht des Erstangriffs mit eben diesen konventionellen Waffen vorbehalte.

Staatssekretär Taittinger antwortet, die Frage enthalte zugleich die zutreffende Antwort. Das Streben nach Entspannung und Sicherheit dürfe nicht nur in Beziehung auf eine Bewaffnungsart zum Ausdruck kommen.

Tagesordnungspunkt:

**Die westeuropäische Politik für die Probleme
des Mittelmeerraumes**

(Drucksache 719)

Berichterstatte: Abg. Burckel

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des griechischen Staatssekretärs im Außenministerium, Constantin Stavropoulos

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident, ich möchte dem Herrn Minister eine Frage stellen und mit ein paar kleinen Bemerkungen darauf vorbereiten. Ich wollte diese Bemerkungen eigentlich in meiner vorbereiteten Rede machen, aber vielleicht kann ich mein Anliegen in Frageform konkreter klären lassen.

Mit dem meisten, was Sie gesagt haben, bin ich sehr einverstanden. Wir kennen uns ja auch aus der Diskussion in Griechenland und in Straßburg. Ich hoffe, wir nehmen einander ab, daß das, was wir sagen und zur Diskussion beitragen, ernst gemeint ist und es auch dem Frieden im Mittelmeerraum, insbesondere im Blick auf die **Lage Zyperns**, dient. Ich spreche Ihnen also bei allem, was Sie sagen, nicht die Ernsthaftigkeit der Friedensbemühungen Ihrer Regierung ab. Aber Sie haben wiederum eine Formulierung gebraucht, die, wie ich glaube, unrichtig ist.

Sie haben gesagt: Das Übel in Zypern fing damit an, daß im Jahre 1974 die türkische Invasion stattfand. Nun, das ist eine historisch falsche Aussage. Diese Vorgeschichte dafür war doch wohl mit dem Auftrag der griechischen Obristen an einen Mann namens Niko Samson, in Zypern die Enosis durchzuführen, eingeleitet. Diese Enosis wurde dann, auch durch die griechischen Zyprioten selber, glücklicherweise verhindert; aber sie löste die Invasion aus. Wir sollten hier doch gerade im Blick auf die Redlichkeit der Diskussion und wegen der Hilfsbereitschaft, die wir einander zugestehen müssen, diese Zusammenhänge richtig sehen. Daß keiner von uns — davon bin ich überzeugt — die Invasion im Jahre 1974 als richtig und angemessen empfindet, ist eine andere Frage.

Darf ich Sie, Herr Minister, nun konkret fragen, ob nicht auch nach Ihrer Meinung zu der Vorgeschichte der türkischen Invasion nicht nur Samson gehörte, sondern auch eine langjährige Repression gegenüber den Türkenzypern, was auch von der UNO dokumentarisch festgehalten wurde? Muß man nicht diese Zusammenhänge sehen, um die tatsächliche Situation zu begreifen?

Staatssekretär Stavropoulos antwortet, er habe nicht über die Geschichte Zyperns referieren wollen, sondern befasse sich nur mit der gegenwärtigen Situation.

Tagesordnungspunkt:

Dringlichkeitsantrag auf Aussprache über die Zulassung griechischer und türkischer parlamentarischer Beobachter bei der Versammlung der WEU

(Drucksache 727)

Der Antrag wird abgelehnt.

Tagesordnungspunkt:

Die westeuropäische Politik für die Probleme des Mittelmeerraumes

(Fortsetzung der Aussprache)

Dr. Schwencke (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist am Burckel-Bericht wieder besonders deutlich geworden, welch begrenzte, defizitäre Kompetenz und dennoch fürs erste nicht aufgebare Funktion die **WEU** und namentlich diese **Versammlung** haben. Wir können Empfehlungen erarbeiten, die vorgeschlagenen Empfehlungen annehmen — wofür ich in diesem Falle stimmen werde — und müssen doch wissen, daß wir erstens nicht mehr, eher weniger in der Lage sind als UNO oder als Europarat — beide Organisationen haben natürlich bessere Möglichkeiten — um zur **Lösung der türkisch-griechischen Probleme** beitragen zu können; zweitens Druck, der auf beide Länder ausgeübt werden müßte, von den USA und von den neun EG-Staaten — von den USA insbesondere auf Griechenland und von den letzteren auf die Türkei und Griechenland — um substantielle bilaterale Verhandlungen zu erzwingen, kaum geschehen kann durch die WEU; und drittens wir die beiden Präsidenten Demirel und Karamanlis durch diese Versammlung nicht erneut an den Verhandlungstisch etwa in dem Sinne zwingen können, die in ihren brieflichen Bekundungen dargelegten Maßnahmen zu treffen. Ich glaube, das werden wir in absehbarer Zeit nicht erwarten können, zumal in der Türkei der Wahlkampf begonnen hat, der erst im Oktober nächsten Jahres abgeschlossen sein wird. Und nicht nur der amtierende türkische Präsident, sondern auch sein Konkurrent Ecevit wird nach meiner Ansicht bei der Lösung dieser Probleme ein wichtiges Wort mitzureden haben.

Dennoch ist der Report nützlich, weil er uns zwingt, Stellung zu nehmen, die Öffentlichkeit erneut auf diesen europäischen Krisenherd aufmerksam zu machen, die öffentliche Meinung redlicher und, ich glaube auch, mit mehr substantiellen Daten zu beschenken, als das gemeinhin geschieht, insbesondere auf Grund der größeren Möglichkeiten, die natürlich nicht nur Griechenland durch die USA, sondern insbesondere auch durch dieses Land, Frankreich, hat. Und lassen Sie mich hinzufügen, was auch Graeco-Zypern nutzt, auf der Konferenz der Länder der dritten Welt in Colombo, der UNESCO gegenwärtig in Nairobi und der UNO in New York hat diese Seite die Möglichkeit, die Welt mit ihren internationalen Appellen zu erreichen. Deswegen glaube ich, daß es hilfreich ist — auch wenn uns das zunächst nicht viel bringt —, wenn wir den Entschließungsantrag, den der Kollege Burckel vorbereitet hat, annehmen, nämlich den Türken und den Griechen hier gemeinsam den Beobachterstatus zu geben.

Die Türkei — das festzustellen ist mir wichtig, ja ich denke, das ist uns wichtig — ist ein europäischer Staat, will an den europäischen Problemen politisch partizipieren und muß dafür auch die entsprechen-

den Möglichkeiten haben. Deswegen gestatten Sie mir, daß ich — vielleicht deutlicher, als es mir ansteht — auf die Problematik der Fragen aus türkischer Sicht rekurriere, insbesondere der turco-zyprischen. Selbstverständlich haben wir es — das kommt auch in dem Bericht zum Ausdruck — mit einem Bündel von Fragen zu tun: mit der Ägäis, dem Festlandsockel, mit der Abwehr durch die türkische Seite, sie als ein griechisches Binnenmeer zu betrachten; mit der Frage der Flugsicherheit, die viel relevanter ist, als manche von uns annehmen und mit dem von Griechenland gewünschten EG-Anschluß bzw. der intensiveren EG-Assoziation, die die Türken wollen.

Lassen Sie mich besonders ein Thema gewissermaßen exemplarisch herausgreifen: das Zypern-Thema. Ich glaube, wir Ausschußmitglieder haben, als wir in Athen und in Ankara waren, zwei Dinge gespürt: Erstens, daß für die griechische Seite die Lösung des Zypern-Problems auch publizistisch Priorität hat; zweitens — das haben wir uns in Ankara sagen lassen müssen, jedenfalls durch den amtierenden Außenminister und, wenn ich mich richtig entsinne, auch durch den Vorsitzenden des Außenpolitischen Ausschusses, der hier anwesend ist — daß für die Türkei die Zypern-Problematik wichtig ist, aber andere Probleme politische Priorität haben. Ich greife das Zypern-Problem deswegen heraus, weil ich mir anmaße, über dieses Land ein bißchen mehr als vielleicht der eine oder andere Kollege zu wissen. Ich bin im Anschluß an die Reise des WEU-Ausschusses für politische Angelegenheiten nicht zum erstenmal in Zypern gewesen, sondern ich kenne dieses Land seit vielen Jahren und schätze es mit seinen Menschen auf beiden Seiten, der türkischen und der griechischen Seite. Ich hoffe, Sie nehmen mir ab, daß meine Liebe und auch meine politische Aufmerksamkeit diesem ganzen Zypern gelten.

Wie sieht die Lage in Zypern tatsächlich aus? Vor gut sechs Wochen, als ich dort war, habe ich folgendes beobachtet. Erstens steht auf beiden Seiten ein hochgerüstetes Militär. Zwar verläuft zwischen beiden Seiten die grüne Linie der UNO, aber ich schätze die Chancen der UNO, im Ernstfall wirkungsvoll einzugreifen, für gering ein. Zweitens gibt es Flüchtlinge und Flüchtlingslager auf beiden Seiten, die ich selbst gesehen habe bzw. von denen ich mir habe berichten lassen. Drittens sehe ich keine Chance, daß die Repräsentanten der beiden Volksgruppen oder — ich schließe mich gern dieser Formulierung an — der „beiden Gemeinschaften“, auf der einen Seite der Ethnarch Makarios und auf der anderen Seite Rauf Denktasch, in der Lage sind, die anstehenden Fragen interkommunal zu lösen. Ganz im Gegenteil: Die Situation sieht so aus, daß faktisch kein Band mehr existiert, das gemeinsam hält; das Band ist vielmehr zerschnitten, von welcher Seite aus auch immer am stärksten. Viertens. Die Isolierung des türkisch-zyprischen Teils, von den internationalen Entwicklungen und den internationalen Beziehungen wird so strikt durchgeführt, daß dies leidvolle wirtschaftliche, politische und humanpolitische Konsequenzen hat. Diese Konsequenzen führen im Bereich der Wirt-

schaft so weit, daß die Energie- und Wasserquellen vom Nordteil der Insel abgeschnitten werden, so daß auf türkischer Seite überlegt werden muß, ob die Wasserversorgung vom türkischen Festland her erfolgen muß. Dieses und vieles andere ist eine maßlose, eine unangemessene Verhaltensweise den türkischen Bewohnern der Insel gegenüber, die einzig und allein der griechischen Seite unter Makarios zur Last gelegt werden muß. Ich glaube, wir müssen das in aller Deutlichkeit sehen, wenn wir hier redlich miteinander umgehen wollen. Entsprechende UNO-Dokumente liegen vor.

Ich stehe nicht an — ich habe das vorhin bereits deutlich gemacht —, die Invasion im Jahre 1974 in irgendeiner Weise zu rechtfertigen. Sie ist aber in größerer politischer Kontinuität zu sehen, die man nicht mit dem Hinweis auf die „tausendjährige Geschichte Zyperns“ — über diese Geschichte wüßte ich auch einiges zu sagen — eliminieren kann. Da gab es eine zyprische Kontinuität, die 1957 positiv mit Präsident Makarios und Vizepräsident Denktasch begann, 1963 aber — dazu gibt es für die türkische Seite allerhand Gründe — aufgekündigt werden mußte. So ergab sich die Situation, daß Zypern im internationalen Bereich seit der Zeit allein durch die griechische Seite und überhaupt nicht einmal nach Konsultation der türkischen Seite repräsentiert wurde. Dies hängt mit zahlreichen Faktoren gegen die Türken-Zypern zusammen. Ich will hier nur beispielhaft darauf verweisen, daß heute die türkisch-zyprischen Diplomaten mit türkischen Pässen reisen müssen, weil sie aus der zyprischen Hauptstadt Nikosia eigene andere nicht bekommen.

Dies mag ein Hinweis auf eine Situation sein, die ich für uns Europäer insgesamt als gefährlich ansehe. Ich stehe hier — wenn meine Anmerkungen vielleicht auch überdeutlich sind — nicht an, zu sagen, wer recht hat bzw. wer unrecht hat. Wir sind hier auch nicht in einem Gremium der Wahrheitsfindung. Ich meine allerdings, daß wie hier entsprechend dem alten griechischen Wort „ho logos petai“ — „das Wort überzeugt“ — auch die Worte derer hören müssen, die sich im Namen der türkischen Gemeinschaft, die über eine lange Zeit von den griechischen Zyprioten vernachlässigt wurde, zu Wort melden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich habe kein Patentrezept für eine Lösung. Es erscheint mir allerdings sinnvoll, hier abschließend folgende vier Bemerkungen zu machen.

Erstens. Nach meiner Einschätzung beider Seiten gibt es keine Chance, alsbald innerzyprisch zu einer Lösung zu kommen. Die Gegenentwicklungen seit 1963 und dann erst seit 1974 sind so weit auseinandergeklungen, daß das Einheitsband gekappt ist.

Zweitens. Ich sehe auch durch Einflußnahme des Generalsekretärs Waldheim keine Chance, die interkommunalen Fragen voranzutreiben, zumal beide Seiten — sowohl die türkische als auch die griechische Seite — ihre Verhandlungspartner ohne echte Kompetenzen in die Verhandlungen schicken.

Drittens. Ich hoffe, daß wir uns darüber einig sind, daß wir alles daransetzen müssen, um den souveränen Staat Zypern zu erhalten. Dieser souveräne Staat, den die Bürger auf beiden Seiten ernsthaft wollen, wird ein Staat von zwei Gemeinschaften sein, wobei die eine nicht von vornherein als Minderheit disqualifiziert werden darf, sondern auch an den außen- und staatspolitischen Aktionen ihren Anteil haben muß; unter einem gemeinsamen wetterfesten Dach.

Viertens. Wir müssen bestrebt sein, zu bewirken, daß sich dieser Staat in seiner Souveränität in der westlichen Welt so artikuliert, daß auch seine angemessene Sicherheit gewährleistet ist. Die militärpolitischen Fragen, die durch die Lage auf Zypern aufgeworfen werden, berühren auch unsere Sicherheit. Sie müssen einer Lösung nähergebracht werden. Diese Diskussion muß erneut deutlich machen, daß wir die Verpflichtung haben, eine Eskalation, die möglich ist und die jedenfalls ich für absehbare Zeit keineswegs als gebannt ansehe, zu verhindern. Wir müssen die beiden vor allem betroffenen Mächte, die Türkei und Griechenland, zwingen, in substantielle Verhandlungen einzutreten, damit in Zukunft alle Zyprioten ihr Schicksal selber souverän gestalten können.

Amrehn (CDU/CSU): Herr Präsident! Der Herr Berichterstatter hat einen außergewöhnlichen Erfolg erzielt: Er hat erreicht, daß ihm sowohl der Vertreter Griechenlands als auch der Vertreter der Türkei Anerkennung gezollt hat für die Ausgewogenheit seines Berichtes, für seine objektive Darstellung sowie für die Ausführungen und Vorschläge, die er gemacht hat. Ich möchte mich dieser Anerkennung ausdrücklich anschließen und hinzufügen, daß diese Anerkennung auch für die Beschränkung gilt, die er sich selber auferlegt hat, nämlich nur Stellung zu nehmen zu der Frage Mittelmeer-Ost. Wir wollten heute über die Frage Mittelmeer-West nicht diskutieren aus den Gründen, die in dem Bericht genannt sind, da Herr Mendelson aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, seinen Bericht nicht hat vorlegen können.

Da aber Herr Kollege Radius zu der Frage **Spanien** Stellung genommen hat, möchte ich ihm wenigstens mit einem Satz erwidern. Ich teile seine Ansicht, daß die Stabilisierung der Verhältnisse in Spanien in hohem Maße von der wirtschaftlichen Unterstützung abhängt, die das westliche Europa, die die Gemeinschaft diesem Lande gibt. Aber hier darf nicht übersehen werden, daß gerade die Stabilisierung von einem Vertrauen abhängt, welches wiederum erst der Ausgang des Referendums und der Ausgang der Wahlen herbeiführen kann. Ich würde den Gang der Dinge nicht umdrehen, sondern beschleunigt darauf drängen, daß in Spanien, wie vorgesehen, im ersten Halbjahr 1977 **demokratische Wahlen** stattfinden, damit ein ordentlich gewähltes Parlament wieder die Voraussetzungen für Stabilität im Lande schaffen kann. Dann kehrt das Vertrauen, das erforderlich ist, um Kapitalinvestitionen im Lande zu machen, von selbst zurück. An diesem Wege und an dieser Reihenfolge würde ich festhalten wollen.

Nun zu unserem Bericht selbst. Er hat die Überschrift „Die Politik Westeuropas im Verhältnis zu den Mittelmeer-Problemen“. Dieses Thema ist umfassender als die Diskussion über Zypern. Leider stehen wir jedesmal, wenn wir diese Fragen behandeln wollen, in der Gefahr — der wir auch heute weithin erlegen sind —, die ganze Diskussion über die Mittelmeer-Probleme zu reduzieren auf das **Verhältnis der Türkei zu Griechenland** oder, noch genauer, auf den Streit um Zypern. Ich glaube, es wäre falsch, wenn wir die Gewohnheit, die wir in dieser Frage seit zwei Jahren, auch in den Kommissionen, angenommen haben, fortsetzten und unsere Versammlung immer wieder zum öffentlichen Forum für die Auseinandersetzungen machten, die zwischen den beiden Ländern um Zypern stattfinden. Die öffentliche Diskussion dieser Frage bringt uns nicht voran.

Wir haben eine Zeit lang die Hoffnung gehabt, daß die Hilfen, die Anregungen, die Vorschläge, die aus dem Ausschuß kamen und die vertraulich behandelt worden sind, in der Diskussion zwischen den beiden Ländern um die Regelung der Zypern-Frage einen Fortschritt bringen könnten. Aber so, wie wir es hier handhaben, daß die Vertreter der beiden Länder öffentlich gegeneinander Stellung nahmen, tragen wir selber nur noch zu einer Verhärtung bei. Denn keine der beiden Seiten kann öffentlich Konzessionen machen, ohne zu Hause innenpolitische auf das schwerste getadelt zu werden.

Das bringt mich auch zu der Einsicht, daß wir nicht, wie wir es auch heute erlebt haben, damit beginnen sollten, in der Geschichte herumzuforschen, ob zuerst das Huhn oder das Ei da war. Die Frage, wer den eigentlichen Anlaß zum Ausbruch des Streits gegeben hat, führt uns in der Tat nicht voran.

Ich möchte noch eine andere Schlußfolgerung ziehen, um aus der Sackgasse herauszukommen. Ich gehe davon aus, daß in dieser Versammlung und ihren Kommissionen volle Übereinstimmung darin besteht, daß wir bereit sind, unseren Beitrag zu leisten, Anregungen zu geben und Einladungen auszusprechen, um sowohl Griechenland als auch die Türkei wieder näher an Europa heranzuführen, sie ganz dicht an die Europäische Gemeinschaft herzubringen, und zwar beide in gleicher Weise. Die Versammlung hier hat kein Interesse daran, den einen zu bevorzugen und den anderen langsamer vorkommen zu lassen. Wir sind einfach verpflichtet, beide Seiten gleich zu behandeln und die **Annäherung an die Gemeinschaft** in gleicher Weise zu vollziehen.

Das beruht ganz einfach auf einem gegenseitigen Interesse. Die **Sicherheitslage** des zentralen und des nördlichen Europa hängt natürlich von der Sicherheit im südlichen Europa ab. Die Sicherheit der Türkei und die Sicherheit Griechenlands hängen davon ab, daß auch im westlichen Europa stabile Sicherheit gewährleistet ist. Dieses gegenseitige Interesse sollte uns alle zu vernünftigen Vorschlägen bringen.

Das ist furchtbar leicht gesagt und hilft an sich noch nicht weiter. Aber ich wollte für die weitere Behandlung der politischen Fragen wenigstens einen

Grundsatz aufstellen und die Konsequenz daraus ziehen, das der Konflikt nur mit sehr konkreten Vorschlägen gelöst werden kann, wenn die Lösung Aussicht auf Dauerhaftigkeit besitzen soll. Dazu wiederhole ich: Wir kommen diesem Ziel nicht näher durch ständige öffentliche Diskussion und Auseinandersetzung. Die Argumente haben wir uns mittlerweile sämtlich an den Schuhsohlen abgelaufen; wir kennen sie.

Jede Partei in diesem Konflikt muß ihre Konzessionen machen. Heute hat Minister Stavropoulos gesagt, Griechenland sei bereit, an positiven Leistungen und Lösungen beizutragen. Ich gehe davon aus, daß das auch der Wille der Türkei ist. Ich frage mich nur, ob dieser gute Wille auf beiden Seiten für sich selbst und in unmittelbarem Kontakt in die Tat umgesetzt werden kann. Hier möchte ich eine andere Stellung beziehen, als mein Freund Sir Frederic Bennett sie vorhin eingenommen hat. Ich bin der Meinung, daß sich beide Parteien, wenn sie eine Chance haben wollen, der **Vermittlung eines Dritten** bedienen müssen, den sie sich selber auswählen, mit dem sie einverstanden sind, dessen Vorschläge sie ernsthaft prüfen müssen. Dieser Dritte müßte dann bei in der Tat unüberbrückbaren Gegensätzen objektive, zur Friedensstiftung geeignete Vorschläge unterbreiten, die von beiden Seiten als ernst gemeint und hilfreich betrachtet werden. Ob das der Generalsekretär der Vereinten Nationen sein könnte, weiß ich nicht. Vielleicht einigen sich beide Länder auch auf jemand anderen, eine andere Regierung oder ein anderes Gremium; vielleicht auf den Rat der Europäischen Union. Ich weiß es nicht. Es ist aber wichtig, glaube ich, das sich beide Parteien darauf einigen, sich der Vermittlung eines Dritten zu bedienen. Ich sehe sonst keine Chance des Vorankommens.

Ich möchte noch einige andere Schlußfolgerungen ziehen. Es hätte keinen Sinn, wenn eine der beiden Parteien es unternehmen wollte, eine größere **Nähe zum Gemeinsamen Markt** zu erreichen als die andere Seite. Ich verstehe die Äußerungen der Vertreter beider Länder so, daß keines der beiden Länder Einwendungen erhebt, wenn das andere Land die Mitgliedschaft zum Gemeinsamen Markt erwirbt. Aber auch hier sollte keine neue Rivalität einsetzen.

Ich möchte noch eine weitere Schlußfolgerung aus der bisherigen Debatte ziehen. Wie auch in dem Bericht zum Ausdruck kommt, hat es keinen Sinn, daß die eine oder andere Seite ihre politische Bereitschaft davon abhängig macht, daß Konzessionen gemacht werden, die sich nicht aus der Sache ergeben. Es hat keinen Sinn, wenn solche Konzessionen möglicherweise durch die Drohung herbeigefordert werden, daß man das Verhältnis zur Gemeinschaft oder zum Bündnis lockern würde, daß man sich von der Gemeinschaft oder von dem Bündnis lösen könnte — heute haben wir allerdings von griechischer Seite gehört, daß man wieder eine stärkere Bindung erstrebt — oder sich vielleicht ganz anders orientieren könnte. Wenn immer solche Drohungen in die Diskussion kommen, so scheint mir dies, meine Damen und Herren, eine Umgangsform zu sein, die eine Lösung der Probleme nur unnötig erschwerete.

Lassen Sie mich mit Rücksicht auf die beiden Länder Türkei und Griechenland zum Schluß noch folgendes ausführen. Ich halte es für nicht ganz richtig, wenn in dem Bericht von Herrn Burckel gesagt wird, die wirtschaftliche Unterstützung des östlichen Mittelmeerraumes sei abhängig von gemeinsamer Verteidigungspolitik. Leider ist es auch den Neun, ja selbst den sieben unter den Neun, bisher noch nicht einmal gelungen, eine gemeinsame Verteidigungspolitik zu betreiben oder auch nur die Standardisierung der Waffen herbeizuführen. Diese Forderung geht also zu weit. Ich würde jedoch zustimmen, wenn es in dem Bericht hieße, daß das Bündnis unverändert feststehen müsse, damit genügend Stabilität vorhanden sei, die wirtschaftliche Hilfe für den Ostmittelmeerraum überhaupt sinnvoll zu machen.

Hier möchte ich allerdings vor einem warnen: In dem Bericht spielt die Forderung eine sehr große Rolle, daß sowohl Griechenland als auch die Türkei in relativ kurzer Zeit **Vollmitglieder der Gemeinschaft** werden sollten. Davor möchte ich ausdrücklich warnen. Die Gemeinschaft der Neun hat alle Hände voll zu tun, den eigenen inneren Zusammenhang zu erhalten und das Bestehen der Gemeinschaft der Neun für die Zukunft zu sichern. Es würde eine Erschwerung für die Gemeinschaft und vermutlich eine Schädigung für die assoziierten Staaten bedeuten, wenn sofort oder alsbald die Vollmitgliedschaft der beiden Länder angestrebt würde. Diese Vollmitgliedschaft würde das Verhältnis der Neun zueinander nur politisch wie wirtschaftlich zusätzlich belasten und die Hilfen, die von Griechenland und von der Türkei erwartet werden, erschweren. Wir sollten uns darauf verständigen, auch diesen politischen Zusammenhang mit unserer eigentlichen Aufgabe zu sehen, nur sehr behutsam und auf lange Sicht vorzugehen und sich einstweilen mit dem Verhältnis der Assoziierung zu begnügen, bis eben die Neun in sich stabil genug sind, um dann weitere Mitglieder aufnehmen zu können.

Die Aussprache wird auf Mittwochnachmittag verlagert.

Tagesordnungspunkt:

Europäische ozeanographische Tätigkeiten

(Drucksache 722)

Berichterstatter: Abg. Craigen

Mittwoch, 1. Dezember 1976

Tagesordnungspunkt:

Sicherung der Energiequellen Europas — Neue Energiequellen

(Drucksache 721)

Berichterstatter: Abg. Cornelissen

Empfehlung Nr. 295
über die Sicherung der Energieversorgung Europas
— Neue Energiequellen

Die Versammlung

vertritt die Ansicht, daß zwischen der Sicherheit Europas und der Sicherung seiner Energieversorgung eine enge Verbindung besteht;

ist sich bewußt, daß trotz dieses Tatbestands die westeuropäischen Regierungen nicht bereit sind, eine gemeinsame Energieversorgungspolitik innerhalb eines europäischen Rahmens auszuarbeiten;

ist der Auffassung, daß kein umfangreiches Nuklearprogramm akzeptiert werden kann, wenn nicht eine Lösung für die mit der Kernenergie verbundenen Risiken gefunden wird, wenn nicht strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden, um diese Risiken zu beseitigen, und wenn den Problemen im Zusammenhang mit der Beseitigung radioaktiver Abfallstoffe nicht besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird;

räumt ein, daß der Verbrauch aller Formen von Energie durch eine wirksamere Verwendung eingeschränkt werden muß, um dadurch die Notwendigkeit zu verringern, auf Kernenergie zurückzugreifen;

ist überzeugt, daß Alternativenergiequellen, insbesondere die Sonnenenergie anstelle von Kernenergie, in größerem Maße genutzt werden könnten;

EMPFIEHLT, DASS DER RAT

die Mitgliedsregierungen dringend ersucht:

1. für ein internationales Übereinkommen über Rohstoff- und Energiequellen einzutreten, in dem den Interessen der Entwicklungsländer und der Industriestaaten gleichermaßen Rechnung getragen wird;
2. sofort eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, da die Ölpreise bis zum Ende dieses Jahres um 10 bis 15% steigen werden;
3. eine gemeinsame Planung für die bessere Nutzung von Energiequellen zu akzeptieren, die Investitionen insbesondere in der Kohlenenergie, einschließlich des Verfahrens zur Kohlenvergasung, zu erhöhen, und die Unternehmertätigkeit durch die Garantie einer langfristigen Sicherheit für die Entwicklung von Kohlenenergie zu fördern;
4. der Erforschung und Entwicklung von Alternativenergiequellen im allgemeinen und von Sonnenenergie im besonderen sowohl auf nationaler als auch auf Gemeinschaftsebene größere Aufmerksamkeit zu widmen und höhere finanzielle Mittel zu gewähren;
5. weitere Sicherheitsvorschriften für die Erzeugung von Kernenergie zu entwerfen, die auf westeuropäischer Ebene abgestimmt sind und die es der jeweilig betroffenen Bevölkerung besonders in Grenzregionen ermöglichen sollten, an einer demokratischen Entscheidung über den Standort der Kernkraftwerke mitzuwirken;

6. unter Mitwirkung der OECD und im Rahmen der EWG eine weitgefaßte Konferenz abzuhalten, die auf alle Aspekte der Energieeinsparung durch Erdölsparprogramme eingeht und zu der auch Abgeordnete und Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und Frauenforen geladen werden, um eine gemeinsame Strategie zur Energieeinsparung zu entwerfen.

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des luxemburgischen Regierungspräsidenten und Außenministers Gaston Thorn

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des britischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium für die Marine, A. E. P. Duffy

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des türkischen Staatsministers und Stellvertretenden Ministerpräsidenten, Turhan Feyzioğlu

Tagesordnungspunkt:

Die westeuropäische Politik für die Probleme des Mittelmeerraumes

(Fortsetzung der Aussprache)

Empfehlung Nr. 296

über die westeuropäische Politik für die Probleme im Mittelmeerraum

Die Versammlung

...
...

empfiehlt, daß der Rat

1. unverzüglich ein Programm zur Verstärkung des europäischen Anteils an der gemeinsamen Verteidigung des östlichen Mittelmeerraums ausarbeitet;
2. die griechische und die türkische Regierung darum ersucht, an der Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses, einschließlich der Studie über die europäischen Rüstungsindustrien, mitzuwirken;
3. sich in jeder Hinsicht darum bemüht, Griechenland und die Türkei immer stärker am Aufbau Europas zu beteiligen;
4. seine Arbeit zur Beilegung der Streitigkeiten zwischen Griechenland und der Türkei fortsetzt;
5. die Bemühungen der Mitgliedsländer im Hinblick auf eine gerechte Lösung des Libanon-Konflikts koordinieren;

6. die Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen auffordert, sich genau an ihre bei ihrem Beitritt eingegangenen Verpflichtungen zu halten, insbesondere im Hinblick auf den Nahost-Konflikt und die Lage im Mittelmeerraum.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und die Ost-West-Beziehungen

(Drucksache 726)

Berichtersteller: Abg. de Koster

Donnerstag, 2. Dezember 1976

Tagesordnungspunkt:

Beziehungen zu den Parlamenten

(Drucksache 724)

Berichtersteller: Abg. Delorme

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und die Ost-West-Beziehungen

(Fortsetzung der Aussprache)

Tagesordnungspunkt:

Ansprache des Staatsministers im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Jürgen Wischnewski

Wischnewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich danke für die Einladung, an Ihrer Debatte teilzunehmen. Gern benutze ich die Gelegenheit, Ihnen aus deutscher Sicht im Blick auf die internationale Entwicklung einige Überlegungen zum **Stand der europäischen Politik** vorzutragen. Die nächste Bundesregierung tritt in wenigen Tagen ihr Amt an. Sie wird ihren bisherigen außenpolitischen Kurs konsequent fortsetzen, ausgehend davon, daß die globalen Spannungsverhältnisse zwischen Ost und West und Nord und Süd weiterhin das internationale Geschehen bestimmen werden und der Lösung bedürfen.

1. Das **Atlantische Bündnis** ist und bleibt für uns in doppelter Weise lebenswichtig, als Garantie unserer Sicherheit und als unentbehrlicher Rückhalt unserer Entspannungspolitik. Wir sind daher zu einer weiteren tatkräftigen Mitarbeit in der Allianz entschlossen. Wir wissen uns in Übereinstimmung mit unseren Partnern: **Sicherheit** und **Entspannung** sind die beiden Hauptziele des Bündnisses.

Der fortbestehende politische und ideologische Gegensatz zwischen den kommunistischen Ländern und den freiheitlichen Demokratien des Westens ist nur durch eine realistische Entspannungspolitik unter Kontrolle zu halten. Die Gefahr einer thermo-nuklearen Katastrophe liefert beiden Seiten überzeugende Gründe für Vernunft und Mäßigung. An die Stelle von Konfrontation muß, wo immer möglich, Kooperation und Vertrauen gesetzt werden. Es wäre allerdings gefährlich, die fortbestehenden Spannungsursachen, die in den Ost-West-Beziehungen immer wieder zu Konfliktsituationen führen können, zu übersehen.

Auf dieser Basis wird in Wien von den westlichen Teilnehmern über beiderseitige Truppenverminderung verhandelt. Die an **MBFR** beteiligten Verbündeten verfolgen das Ziel, in Mitteleuropa ein stabiles militärisches Kräfteverhältnis zu schaffen und haben dazu die Herstellung der ungefähren Parität in der Form übereinstimmender Kollektiver Höchststärken der Landstreitkräfte beider Seiten im Raume der Reduzierung vorgeschlagen. Sie sind davon überzeugt, daß mit der Verwirklichung dieses Ziels ein wichtiger Beitrag zum Abbau der Spannungen und zur Festigung von Frieden und Sicherheit in Europa getan würde.

Im weltweiten Rahmen müssen **Abrüstung** und **Rüstungskontrolle** mit größtem Vorrang behandelt werden. Zum einen würden die Bemühungen um Entspannung, Frieden und Sicherheit letztlich scheitern, wenn das Wettrüsten ungehindert fortschreitet, zum andern geht die Vergeudung knapper Ressourcen zu Lasten der Menschen in allen Teilen der Welt. Abrüstung und Rüstungskontrolle können nicht Selbstzweck sein; sie müssen der Sicherung des Friedens dienen. Es sollte gelingen, die Rüstungslasten zu senken und dabei sowohl weltweit wie in einzelnen Regionen der Erde ein möglichst stabiles und ausgewogenes Kräfteverhältnis zu erhalten oder herzustellen. Dazu gehört der Abbau der politischen Spannungsursachen. Erforderlich ist auch gegenseitiges Vertrauen in die Erhaltung getroffener Abkommen durch angemessene, effektive Verifikationsverfahren.

Bei unserem Bemühen, **Sicherheit** und **Zusammenarbeit in Europa** zu verstärken, gilt es auch, die Möglichkeiten zu nutzen, welche die Schlußakte von Helsinki eröffnet. Dabei sollten wir uns nicht den Blick verstellen lassen durch das, was bei der Verwirklichung der Schlußakte bisher nicht erreicht wurde. Sie stellt ein in die Zukunft gerichtetes Programm dar, dessen Realisierung wir mit Nachdruck betreiben müssen, gerade weil unsere politischen Grundwerte in ihm zum Tragen gekommen sind. Kein Unterzeichnerstaat der Schlußakte sollte übersehen, daß ein Wille zur Entspannung gerade auch daran gemessen wird, was er zur Erfüllung der vorgesehenen Maßnahmen tut. Es geht hier um die Glaubwürdigkeit und Beständigkeit der Entspannungspolitik, die nach wie vor entscheidender Bestandteil unserer Politik überhaupt ist.

2. Bei dem zweiten globalen Spannungsverhältnis stehen Probleme im Vordergrund, die sich aus der **ungleichen Verteilung des materiellen Wohlstandes** unter den Ländern der Welt ergeben. Die Dritte Welt ist zu Recht darüber enttäuscht, daß für die meisten Entwicklungsländer der Abstand zu den reichen Industrieländern nicht kleiner, sondern noch größer geworden ist. Die Organisation der Rohstoffmärkte, die Steigerung des Exports industrieller Erzeugnisse der Entwicklungsländer, vermehrte Hilfe für die ärmsten Entwicklungsländer sind besonders dringliche Fragen geworden. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen, auf der **Welthandelskonferenz** und auf der **Konferenz über internationale Zusammenarbeit** in Paris geht es um mehr als eine neue Strategie der Entwicklungshilfe. Das Ziel ist eine gerechte und ausgewogene Weltwirtschaftsordnung, die gewährleistet, daß die Entwicklungsländer in die Weltwirtschaft voll integriert werden.

Gelingt es nicht, den Nord-Süd-Gegensatz in konstruktive Bahnen zu lenken, wird es zu Störungen der arbeitsteiligen Weltwirtschaft kommen, die letztlich auch das friedliche Zusammenleben der Völker gefährden. Die Ölpreisentwicklung der letzten Jahre zeigte, wie sehr es bei der internationalen Auseinandersetzung um eine gerechte Verteilung der Ressourcen auch um die wirtschaftliche und letztlich politische Stabilität der westlichen Länder geht. Die Rezession des Welthandels hat auch die Erdölländer getroffen. Es gibt aber auch ermutigende Anzeichen, daß der Wille zur Kooperation weltweit gewachsen ist.

Die Bundesregierung wird ihren Beitrag leisten, damit es bald auch tatsächlich zu konkreten Fortschritten auf dem Wege zu einer vernünftigen Neuregelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern kommt. Bei den gegenwärtigen Verhandlungen über neue Formen der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die im Interesse beider Seiten dringend erforderlich sind, sehen wir allerdings das Heil nicht in einem weltweiten Dirigismus. Es wäre ein Irrtum zu glauben, daß sich die Marktwirtschaft nur zugunsten der Industrieländer auswirkt. Ein weltweiter Wirtschaftsdirigismus würde dazu führen, die Leistungsfähigkeit der Weltwirtschaft zu zerstören, den Welthandel zu lähmen und die Voraussetzungen für eine wirksame Entwicklungshilfe zunichte zu machen und sich damit auch gegen die Interessen der Entwicklungsländer kehren. Wir sind nicht pessimistisch, aber wir rechnen damit, daß der **Nord-Süd-Dialog** viel Ausdauer, Geduld und Kooperationsbereitschaft auf allen Seiten erfordert. Am Ende wird es zu einem für alle annehmbaren Ergebnis kommen müssen; denn auch zu dieser Politik gibt es keine Alternative.

3. Angesichts der Größenordnung der Probleme und der Kräfteverhältnisse in der modernen Welt ist und bleibt die **Europäische Einigung** die große geschichtliche Aufgabe der Gemeinschaftsländer.

Jedes für sich allein wäre gerade in den für unsere Zukunft entscheidenden Fragen zur Einflußlosigkeit verurteilt. Nur die Europäische Union, die die gegenwärtige Phase der europäischen Einigungspolitik darstellt, bietet die Chance eines dauernden politischen Zusammenschlusses, des Aufbaus einer handlungsfähigen politischen Einheit, die den Dimensionen der weltpolitischen Probleme entspricht.

Wer allerdings Europa als „dritte Kraft“ zwischen den Supermächten sehen will, der ist entweder ein Illusionist oder er geht von einer falschen Analyse der weltpolitischen Situation aus. Die **europäisch-amerikanischen Beziehungen** werden geprägt durch die Einheit der Wertvorstellungen von Freiheit und Menschenrechten. Auch wenn Europa seine militärischen Ressourcen zusammenlegen würde, könnte es kein Gegengewicht gegen die Militärmacht der Sowjetunion bilden. Ein vereintes Europa wird ein politisch und wirtschaftlich stärkeres und damit auch verteidigungspolitisch leistungsfähigeres Europa sein. Es wird aber kein Bündnis neben dem Bündnis sein, sondern es wird die Stärkung des einen Bündnisses durch erhöhte europäische Leistungsfähigkeit bewirken.

Zweifellos sind die Interessen Europas und Amerikas nicht in allem und jedem identisch. Europa hat aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Energie- und Rohstoffarmut und seiner geschichtlichen Beziehungen zur Dritten Welt durchaus Interessen, die von denen der USA abweichen. Entscheidend sind jedoch die Bindungen, die auf der Gemeinsamkeit unserer demokratischen Traditionen und Grundinteressen beruhen. Alle Versuche, die „europäische Identität“ zu definieren, indem Europa und die USA auseinanderdividiert werden, müssen deshalb scheitern.

Die **Sicherheit Europas** gründet sich für alle absehbare Zukunft auf das Atlantische Bündnis mit den Vereinigten Staaten und Kanada. Sicherheit aber ist auch eine der unverzichtbaren Voraussetzungen der europäischen Einigung. Europa muß, wie es bereits in der Erklärung zur europäischen Identität vom Dezember 1973 hieß, „in ständiger Anstrengung darauf bedacht sein, über eine angemessene Verteidigung zu verfügen“.

4. Die Sorge um die gemeinsame Sicherheit gehört daher auch zu den Fragen, die eine **Europäische Union** angehen. Die Bundesregierung stimmt mit den Vorschlägen des belgischen Premierministers Tindemans überein,
- einen regelmäßigen Meinungsaustausch über europäische Verteidigungsprobleme und europäische Aspekte multilateraler Sicherheitsverhandlungen zu führen,
 - die Rüstungszusammenarbeit der Neun zu intensivieren.

Eine europäische Außenpolitik muß eines Tages die Sicherheitspolitik einschließen. Eine europäische Wirtschaftspolitik kann nicht an den Fragen der Rüstungswirtschaft vorbeigehen.

Besondere Bedeutung messen wir der **Rüstungszusammenarbeit** zu. Auch hier müssen wir Lösungen finden, die der spezifischen europäischen Sicherheitsproblematik im Kräftefeld von Atlantischem Bündnis und europäischer Einigung entsprechen. Nach unserer Auffassung sollte die neu geschaffene **Europäische Programm-Gruppe** im Zentrum dieser Rüstungszusammenarbeit stehen. Die EPG wurde gegründet, um unter Einbeziehung Frankreichs einen neuen Anlauf zu einer verbesserten europäischen Rüstungszusammenarbeit zu unternehmen. Sie arbeitet im Geiste des Atlantischen Bündnisses. Sie soll weiterhin die Grundlagen schaffen für einen Dialog mit den Vereinigten Staaten über ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Rüstungslieferungen der europäischen und der amerikanischen Verbündeten. Alles, was die Europäer gemeinsam unternehmen, muß effektiv zu einem Mehr an Sicherheit für den Westen beitragen.

5. Die WEU-Mitgliedsregierungen haben im Mai 1976 beschlossen, dem **Ständigen Rüstungsausschuß der WEU** die Aufgabe zu übertragen, eine Gliederung sowie ein Arbeitsschema für eine Studie über Fragen der europäischen Rüstungsindustrie bis zum Ende dieses Jahres zu erarbeiten. Der modifizierte Brüsseler Vertrag, der die WEU schuf, verbindet in konstruktiver Weise die beiden Ziele, an denen sich die Europäer bei den Bemühungen um eine Stärkung der europäischen Komponente der NATO zu orientieren haben: Die Stärkung des Atlantischen Bündnisses und die Einigung Europas. Der **WEU-Vertrag** gehört zu dem Pariser Vertragswerk von 1955, durch das die Bundesrepublik Deutschland zum gleichberechtigten Partner in NATO und WEU wurde. Die WEU stützte sich von Anfang an auf die militärischen Strukturen der NATO. Es sollte möglich sein, die Nutzung der im Ständigen Rüstungsausschuß vorhandenen Möglichkeiten zu verbinden mit den erforderlichen Anstrengungen, die europäische Rüstungszusammenarbeit zentral im Rahmen der EPG zu betreiben.

6. Mit dem doppelten Ziel der europäischen Sicherheit und Einigung vor Augen, arbeitet auch die **Versammlung der WEU**. Meine Damen und Herren, Sie tragen dazu bei, die ideellen und materiellen Kräfte unserer Völker für diese beiden Ziele gleichzeitig zu mobilisieren. Dank dieser doppelten Ausrichtung auf die Erfordernisse der Sicherheit Europas und den Fortschritt der europäischen Einigung besitzt Ihre Versammlung eine einzigartige Stellung in der europäischen Politik. Diese besondere Rolle der WEU-Versammlung ist bei Ihrer Bonner Jubiläumstagung im Mai 1975 im Lichte des 20jährigen Bestehens der Versammlung gewürdigt worden.

Heute ist die Neunergemeinschaft auf dem Wege dazu, eine wirkliche politische Gemeinschaft zu werden. Ein wichtiger Schritt ist die für 1978 fest vereinbarte allgemeine und direkte Wahl des Parlaments der Europäischen Gemeinschaft. Zum ersten Mal wird es ein **Europäisches Parlament** geben, das europäisch, nicht nur national

legitimiert ist. Mit dem Beschluß hierzu wird eine Verpflichtung erfüllt, die schon in den Römischen Verträgen enthalten ist. Sofortige spektakuläre Ergebnisse dürfen wir nicht erwarten. Denn mit der **Direktwahl** ist die Frage der **Kompetenzen** des Europäischen Parlaments noch nicht geklärt. Aber das direkte europäische Mandat bedeutet sicherlich einen erheblichen **Zuwachs an Autorität**. Einem für Europa gewählten Abgeordneten kann man nicht verwehren, auch alle Probleme Europas zu diskutieren. Und seine europäische Autorität wird sich — so können wir erwarten — auch im politischen Einfluß niederschlagen.

Premierminister Tindemans hat in seinem Bericht über die Europäische Union in einer viel diskutierten Fußnote die Frage der künftigen Rolle der WEU-Versammlung aufgeworfen. Er stellt diese Frage unter der Voraussetzung einer Erweiterung der Kompetenzen der Europäischen Union und des Europäischen Parlaments auf jene Materien, die bisher von der WEU-Versammlung diskutiert werden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, daß Sie die Direktwahl des Europäischen Parlaments begrüßen und daß Sie die Regierungen zu Fortschritten auf der Grundlage des Tindemans-Berichts drängen. Ich möchte Ihrem Berichterstatter, Herrn de Bruyne, zu seinem ausgezeichneten Bericht zum Thema „Europäische Union und WEU“ gratulieren. Ich stimme ihm zu, daß die WEU-Versammlung nicht dadurch entbehrlich wird, daß die Gemeinschaft mit der Direktwahl die Schwelle zu einer demokratisch verfaßten Gemeinschaft überschreitet. Und zwar aus zwei Gründen:

Erstens: Der WEU-Vertrag besteht weiter. Er ist ein Stück des Netzes, auf dem die Sicherheit Westeuropas beruht. Die Bundesrepublik Deutschland wurde durch das Pariser Vertragswerk von 1955, zu dem der WEU-Vertrag gehört, zum gleichberechtigten Partner in NATO und WEU. Es bleibt der vertragliche Auftrag der Versammlung, über die Anwendung des modifizierten Brüsseler Vertrages zu wachen. Zweitens: Die WEU-Versammlung ist von Anfang an mehr gewesen, als Artikel IX des modifizierten Brüsseler Vertrages, auf dem sie beruht, für sich allein genommen vermuten ließe. Mit ihren fundierten Berichten und Debatten, die alle Aspekte der Sicherheit, militärische, politische, wirtschaftliche und technologische, einbeziehen, kann sie sowohl für die NATO als auch für die EG wertvolle Denkanstöße geben. Diese Funktion wird ihr erhalten bleiben.

Das besondere politische Kräftefeld der europäischen Sicherheitsproblematik zwischen Atlantischem Bündnis und Europäischer Gemeinschaft verlangt nach Parlamentariern, die beides im Auge haben. Sie werden wahrscheinlich enger mit Ihren Kollegen im Europäischen Parlament zusammenarbeiten in dem Maße, wie sich die sicherheitspolitische Diskussion im

EP entwickelt. Aber Ihr besonderer Beitrag wird wie bisher darin bestehen, daß Sie aufgrund Ihrer Berufung durch den WEU-Vertrag und Ihrer Erfahrung von 20 Jahren die Verklammerung europäischer Sicherheitsinteressen mit der NATO in besonderer Weise überschauen. Ihre Gedanken gehen in die Vorstellungen des Bündnisses ein — als besonderer europäischer Beitrag, der auch den Verbündeten laufend die politische Realität des europäischen Einigungsprozesses vor Augen führt. Ihre Gedanken sollten aber gleichzeitig ein wichtiger Beitrag sein zur außenpolitischen Meinungsbildung in der Gemeinschaft, die nicht losgelöst von den sicherheitspolitischen Realitäten in Europa vor sich gehen darf.

7. In einer Weltpolitik, die zunehmend von kontinentalen Mächten und großen Verhandlungsblöcken bestimmt wird, steht die **Europäische Gemeinschaft** unter dem Druck der Umwelt, die Einigungspolitik durch gemeinsames Handeln nach außen abzusichern. Gleichzeitig wird die Gemeinschaft von allen Seiten gedrängt, auf der internationalen Bühne einheitlich und mit ihrem vollen Gewicht aufzutreten. Außenpolitisches Handeln der Gemeinschaft ist ein entscheidendes Element bei der Bildung der Europäischen Union.

Die Gemeinschaft hat in der Gestaltung der **EG-Außenbeziehungen** und der **Europäischen Politischen Zusammenarbeit** ein Instrumentarium gemeinsamen außenpolitischen Handelns entwickelt. Die bisherigen außenpolitischen Leistungen der Gemeinschaft haben die Welt an den Prozeß der europäischen Einigung gewöhnt. Sie haben aber auch innerhalb und außerhalb Europas Erwartungen geweckt.

Es fällt den Neun nicht leicht, diesen Erwartungen zu entsprechen. Unsere Entscheidungsstrukturen in der Gemeinschaft und vor allem auch in den einzelnen Mitgliedstaaten haben mit den weltpolitischen Entwicklungen nicht Schritt gehalten. Das ist kein neues Phänomen. Das hat es immer in der Geschichte gegeben. Wir sind mitten im schwierigen Prozeß, unsere Strukturen den neuen Realitäten anzupassen.

Ich glaube, daß Ihnen, die Sie gleichzeitig europäische und nationale Parlamentarier sind, in diesem Prozeß eine besondere Rolle zukommt. Es geht darum, auch in den **nationalen Parlamenten** mehr Verständnis zu finden für die Notwendigkeiten gemeinsamer europäischer Außenpolitik, die wie jede europäische Politik immer ein Kompromiß sein muß. Ich glaube, daß viele jener viel zitierten europapolitischen Pannen auf weltpolitischer Bühne — ich denke da insbesondere an gewisse Abstimmungen in den Vereinten Nationen — nur deswegen passiert sind, weil in unseren nationalen Parlamenten und bei unseren politischen Parteien noch das Verständnis für die heutigen Ansätze zu einer europäischen Außenpolitik fehlt. Die Vorbereitung der Direktwahlen wird die **europäische Parteienföderationen** stärken.

Es wäre ein wichtiger Beitrag zur beginnenden europäischen Außenpolitik, wenn die europäischen Parteigruppierungen beschließen würden, daß in den nationalen Parlamenten der außenpolitische Konsens der neun Regierungen nicht ohne Not in Frage gestellt wird. Denn außenpolitische Gemeinsamkeit ist heute ein wichtiger Teil der europäischen Solidarität.

Die Probleme der Gemeinschaft erweisen sich als schwieriger, als die europäischen Gründungs-väter voraussahen: Von dem erstrebten einheitlichen Wirtschaftsraum ist die Gemeinschaft noch weit entfernt. Die Wiederannäherung der Volkswirtschaften und Lebensverhältnisse der Gemeinschaftsländer, die sich unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise auseinander entwickelten, ist ein vordringliches Ziel europäischer Politik. Verfahren für gemeinschaftliche Entscheidungen, die oft von innenpolitischen Sonderinteressen blockiert werden, sind schwer zu finden. Da wir nur ein Europa von Gleichberechtigten aufbauen können, sind Konzepte wie die Schaffung eines Direktatoriums oder ähnliche Vorschläge ungeeignet, da sie den Größeren oder Entwickelteren ein ungerechtfertigtes Übergewicht im Entscheidungsverfahren geben würden. In dieser Lage muß sich der vor zwei Jahren gebildete **Europäische Rat** als oberste politische Autorität bewähren.

Schließlich wird die zweite Beitrittswelle, die auf längere Sicht auf die Gemeinschaft zurollt, die Errichtung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und die Schaffung wirksamer Entscheidungsverfahren noch erschweren. Die Gemeinschaft wird aber gemeinsam mit den Beitrittsländern mit diesen Problemen fertig werden müssen, auch dann, wenn wir uns vielleicht um neue Lösungen bemühen müssen. Nur ein solidarisches Europa wird auf die Dauer ein freiheitlich demokratisches Europa sein.

Der französische Abg. Péridier fragt den Minister, ob der Abzug von 10 000 französischen Soldaten aus der Bundesrepublik Deutschland, um sie mit taktischen Kernwaffen auszurüsten, die gemeinsame Verteidigung stärken oder schwächen.

Wischnewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Verehrter Herr Kollege, die Bundesregierung hat Verständnis für notwendige strukturelle Veränderungen in der französischen Armee. Die Bundesregierung steht mit der französischen Regierung bezüglich der von Ihnen angesprochenen Frage in gutem Kontakt.

Der belgische Abg. Hulpiau stellt die Fragen, ob der angekündigte Abzug der britischen Rheinarmerie aus der Bundesrepublik Deutschland die gemeinsame Verteidigung schwächen und ob der WEU-Rat darüber unterrichtet worden sei, sowie weiterhin, ob die Arbeit des Ständigen Rüstungsausschusses der WEU dazu beitragen könne, den europäischen Anteil an der gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der Atlantischen Allianz zu stärken.

Wischnewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Verehrter Herr

Kollege, ich darf eindeutig feststellen, daß der verehrte Premierminister des Vereinigten Königreichs zwar auf die finanzielle Belastung hingewiesen hat, die sich für das Vereinigte Königreich ergibt; aber dieser Hinweis war nicht mit der Ankündigung des Abzugs von Truppen des Vereinigten Königreichs verbunden, die im Rahmen der britischen Rheinarmee ihren Dienst tun. Darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen.

Ihre zweite Frage möchte ich mit einem klaren Ja beantworten.

Der britische Abg. Roper fragt, ob die Bundesrepublik Deutschland gegebenenfalls bereit wäre, Änderungen der Rolle der WEU-Versammlung in bezug auf die Sicherstellung einer wirksameren Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamentariern im Verteidigungs- und Sicherheitsbereich zu akzeptieren.

Wischnewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Die Bundesregierung wird immer bereit sein, jeden Vorschlag zu unterstützen, der geeignet ist, die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der nationalen Parlamente, insbesondere auch in bezug auf die Fragen Sicherheit und Verteidigung, zu verbessern.

Der britische Abg. Faulds bittet um Erläuterungen der von Bundeskanzler Schmidt während des jüngsten Europäischen Rates eingenommenen Haltung zum Nord-Süd-Dialog und zum Termin der beabsichtigten Neuregelung der Erdölpreise durch die OPEC-Staaten.

Wischnewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Verehrter Herr Kollege, ich bin gerne dazu bereit.

Zuerst darf ich feststellen, daß der Bundeskanzler ein ausgesprochen positives Verhältnis zum Nord-Süd-Dialog hat, daß er sich im vergangenen Jahr, als es darum ging, diesen Dialog überhaupt erst zustande zu bringen, sehr engagiert hat, um auch von seiten der Bundesrepublik einen Beitrag zu leisten, diesen wichtigen Dialog möglich zu machen.

Wenn es in Den Haag anläßlich der letzten Sitzung des Europäischen Rats noch nicht zu einer Entscheidung gekommen ist, dann gibt es dafür eine Reihe von Ursachen. Erstens ist es so, daß alle Regierungschefs übereinstimmend — übereinstimmend! — festgestellt haben, daß die Erhöhung des Ölpreises Einfluß auf die Leistungsfähigkeit der Industrieländer und damit auf die Leistungsfähigkeit gegenüber den Entwicklungsländern hat. Bei der Gelegenheit ist festgestellt worden, daß eine Erhöhung des Ölpreises um 10 % für die Länder der OECD etwa 14 Milliarden Dollar ausmacht und daß es eine ganze Reihe von Ländern gibt — die auch hier vertreten sind —, die auf Grund einer solchen Situation in ganz erhebliche Schwierigkeiten kämen. Ich finde, es ist nicht nur das Recht der Regierungschefs, sondern es ist ihre Pflicht, zu einem solchen Problem ein ganz deutliches Wort zu sagen, um diejenigen, die sich mit Fragen der Ölpreiserhöhung beschäftigen, auf diese Situation hinzuweisen; das

nicht zuletzt unter dem Eindruck, daß sich die Erdölpreise innerhalb der letzten dreieinhalb Jahre vervierfacht haben und dadurch nicht nur eine Reihe von Industrieländern, sondern insbesondere auch eine Vielzahl von Entwicklungsländern in Schwierigkeiten gekommen sind.

Um zu einem Ergebnis zu kommen, das möglichst auf die Welt übertragen werden kann, ist es notwendig, daß alle großen Industrieländer die Möglichkeit haben, zu dieser Frage Stellung zu beziehen. Jeder wird verstehen, daß das in dieser Stunde in den Vereinigten Staaten nicht möglich ist, aber im Februar oder März nächsten Jahres sehr viel leichter sein wird.

Ich darf daran erinnern, daß die Überlegung, den Dialog zu verschieben, zunächst nicht aus dem Kreise der Industrieländer gekommen ist, sondern zuerst von der Seite der Entwicklungsländer, und zwar gerade auf Grund ihrer realistischen Einschätzung der Situation, vor der sie stehen. Ich glaube, es sollte eine Regelung gefunden werden, in die auch das größte Industrieland der westlichen Welt in vollem Umfange einbezogen werden kann. Die Bundesrepublik wird ihren Beitrag leisten und darum bemüht sein, zu einem Ergebnis zu kommen, das den Entwicklungsländern hilft, ihre Probleme zu lösen, das aber auf der anderen Seite die Industrieländer nicht so schwächt, daß sie nicht mehr in der Lage sind, ihrer Leistungsverpflichtung gegenüber der Dritten Welt auch wirklich nachzukommen.

Der britische Abg. Jessel fragt im Zusammenhang mit der Direktwahl des Europäischen Parlaments, welche Auswirkungen es hätte, wenn ein oder zwei EG-Mitgliedstaaten die notwendigen Vorbereitungen dafür nicht rechtzeitig abschließen könnten, so daß es im ersten direkt gewählten Parlament auch noch entsandte Mitglieder gäbe.

Wischnewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Das Entscheidende ist, daß die Wahlen für das Jahr 1978 vereinbart sind. Alle Regierungen hoffen, daß der Ratifikationsprozeß und die nationale Gesetzgebung — denn wir brauchen ja noch eine nationale Gesetzgebung in bezug auf das Wahlrecht — so rechtzeitig erfolgen können, verehrter Herr Kollege, daß die Wahlen im Jahre 1978 auch wirklich möglich sind. Sollte das nicht möglich sein, wird in vielen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft bei großen Teilen der Bevölkerung eine große Enttäuschung entstehen. Aus diesem Grunde hoffen wir, daß alle Länder in der Lage sein werden, den Ratifizierungsprozeß und den Prozeß der nationalen Gesetzgebung so rechtzeitig abzuschließen, daß die Wahlen im Jahre 1978 durchführbar sind.

Auf ein paar Wochen oder Monate kommt es gegebenenfalls nicht an. Aber daß alle neun europäischen Länder zum selben Zeitpunkt wählen, hat einen hohen politischen Wert, auf den keinesfalls verzichtet werden sollte. Außerdem gehe ich davon aus, daß das Europäische Parlament nicht in die Situation kommen sollte, Abgeordnete unterschiedlicher Qualität zu haben: die einen, die direkt von der Bevölkerung gewählt, und die anderen, die ent-

sandt sind. Ich habe vor den entsandten Kollegen hohen Respekt; aber wenn in einem Land so und in dem anderen Land anders verfahren würde, ergäbe sich eine Diskussion, von der ich nicht glaube, daß sie sich positiv auf die europäische Entwicklung auswirkte.

Der britische Abg. Mendelson ging noch einmal auf die Antwort Staatsministers Wischniewski auf die Frage des Abg. Faulds ein und zweifelte daran, daß auf seiten einiger westlicher Regierungen getan werde, was möglich sei, um den Entwicklungsländern zu helfen.

Wischniewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Verehrter Herr Kollege, zunächst einmal freue ich mich, daß Sie dem ersten Teil meiner Antwort offensichtlich in vollem Umfang zustimmen.

Was den zweiten Teil anbetrifft, sehe ich zwischen Ihrer Meinung und meiner keinerlei Differenz. Ich bin für ein Höchstmaß an Beschleunigung. Aber ich ändere meine Meinung nicht: Ich bin dafür, daß das in dem Maße erfolgt, daß auch die Vereinigten Staaten in den Entscheidungsprozeß eingeschlossen werden können. Ich glaube nicht, daß es weltweite Regelungen geben kann, ohne daß die Vereinigten Staaten an diesem Entscheidungsprozeß teilnehmen. Unter dieser Voraussetzung bin ich für ein Höchstmaß an Beschleunigung. Ich bin dafür, daß wir so bald wie möglich zu Ergebnissen kommen.

Frau von Bothmer (SPD): Herr Staatsminister, Sie haben von den Kräfteverhältnissen zwischen den beiden großen Blöcken sowie von der Rolle Europas gesprochen. Sie haben betont, daß nur ein starkes und geeignetes Europa ein wertvoller Partner des westlichen Bündnisses, d. h. aber auch Amerikas, sein kann. Daran besteht kein Zweifel. Ich wüßte allerdings gerne, wie die USA selber dieses eventuell gestärkte und geeinte Europa — das setzte ja auch eine Einigung z. B. in Verteidigungsfragen voraus — einschätzen. Können Sie uns sagen, ob die USA einem so gestärkten Europa, das an ihrer Seite steht, positiv gegenüberstehen? Ich stelle diese Frage, weil ich zu dieser Frage aus den USA bisher keine Äußerungen gehört habe.

Wischniewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Verehrte Frau Kollegin, aus den Vereinigten Staaten gibt es nach den Präsidentschaftswahlen noch nicht sehr viele Informationen. Der neue Präsident der Vereinigten Staaten hat aber in einem Interview zu seinem Verhältnis zu Europa Stellung genommen. Er hat ausdrücklich gesagt, daß er für das Bemühen um Zusammenschluß der europäischen Staaten Verständnis habe, daß er davon ausgehe, daß die Konsultationen verstärkt würden, und daß er — so hat er sogar wörtlich gesagt — selbstverständlich damit einverstanden wäre und es in vollem Umfang ak-

zeptiere, wenn die Europäer mit den Vereinigten Staaten mit einer Stimme sprechen wollten. Dies sind die konkreten Informationen, die es von dem neuen amerikanischen Präsidenten im Hinblick auf die europäischen Fragen gibt.

Verehrte Frau Kollegin, ich gehe davon aus, daß wir nach dem 21. Januar 1977 die Möglichkeit haben werden, mehr darüber zu hören. Ich bin aber sicher, daß es in der Frage eines positiven Verhältnisses der Vereinigten Staaten zu einem sich zusammenschließenden Europa in den Vereinigten Staaten keine wesentlich andere Auffassung geben wird, als es sie bisher dort gegeben hat.

Der niederländische Abg. de Niet äußert, da große und reiche Länder in Westeuropa nicht einmal die Hälfte der von der OECD festgelegten Norm von 0,7 % ihres Bruttosozialprodukts für die Entwicklungshilfe aufwendeten, sei zu fragen, ob der politische Wille fehle oder ob ihre Äußerungen auf internationalen Konferenzen keine Glaubwürdigkeit verdienten.

Wischniewski (Staatsminister im Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland): Verehrter Herr Kollege, ich teile Ihre Auffassung nicht, daß das, was wir in den internationalen Konferenzen sagen, nicht glaubhaft sei. Vielleicht tut sich aber der eine etwas schwerer darin, etwas zu sagen, als der andere, weil er von der Voraussetzung ausgeht, daß das, was gesagt worden ist, auch wirklich durchgesetzt werden muß. Ich bedaure — wie Sie — außerordentlich, daß die Rezession in den westlichen Industrieländern dazu beigetragen hat, daß das 0,7 %-Ziel in einer ganzen Reihe von Ländern nicht annähernd erreicht worden ist. Ich hoffe, daß die wirtschaftliche Entwicklung im nächsten Jahr so verläuft, daß alle Industrieländer neue Anstrengungen unternehmen werden, um das 0,7 %-Ziel so bald wie möglich zu erreichen. Seien Sie bitte davon überzeugt, daß die Bundesregierung Anstrengungen unternehmen wird, um diesem Ziel so bald wie möglich näherzukommen.

Tagesordnungspunkt:

Europäische Sicherheit und die Ost-West-Beziehungen

(Fortsetzung der Aussprache)

Der Bericht (Drucksache 726) wird an den Ausschuß für Verteidigung und Rüstungsfragen zurückverwiesen.

Tagesordnungspunkt:

Schluß der 22. Sitzungsperiode der Versammlung